

PROTOKOLL
der öffentlichen Beiratssitzung

| DATUM | BEGINN | ENDE | SITZUNGSORT |
|------------|-----------|-----------|---|
| 16.08.2018 | 19:15 Uhr | 21:50 Uhr | Gemeindesaal der ev. Kirchengemeinde Horn |

TEILNEHMER

ORTSAMT: Jens Knudtsen, Vorsitzender
Maren Gagelmann und Olga Rudi, Protokollführerinnen

BEIRAT: siehe anliegende Liste

Gäste:

- Martina Baden (Geschäftsführerin Bremer Bäder GmbH)
- Irmtraud Konrad (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)
- Annette Yildirim (Sportamt Bremen)

TAGESORDNUNG:

1. Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 21. Juni 2018
3. Informativ Vorstellung des Neubaus einer Schwimmhalle in Horn, Vorstraße 75
4. Anträge des Beirates
5. Globalmittelanträge
6. Wünsche, Fragen und Anregungen in Stadteilangelegenheiten aus der Bevölkerung
7. Mitteilungen der Beiratssprecherin
8. Mitteilungen des Orsamtes
9. Verschiedenes

Zu TOP 1: Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung

Herr Knudtsen begrüßt die Mitglieder des Beirates, die anwesenden Referenten sowie die Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils.

| |
|--|
| Beschluss: Die vorgeschlagene Tagesordnung wird ohne Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche genehmigt. (Einstimmig) |
|--|

Zu TOP 2: Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 21. Juni 2018

| |
|---|
| Beschluss: Das Protokoll vom 21. Juni 2018 wird ohne Änderungen genehmigt. (Einstimmig) |
|---|

Zu TOP 3: Informativ Vorstellung des Neubaus einer Schwimmhalle in Horn, Vorstraße 75

Da im Vorfeld dieser Sitzung schon viel in der Presse zum Neubau des Kombibades in Horn-Lehe über die nach wie vor bestehenden gegensätzlichen Positionen bei den Beiratsfraktionen berichtet wurde, bittet Herr Knudtsen darum, dass sich alle Beteiligten bei der Diskussion zu diesem Thema fair und sachlich verhalten mögen. Er sehe in seiner Funktion als Vorsitzender des Gremiums die Notwendigkeit, das Vorgehen von Ausschussmitgliedern, vertrauliche Dinge wie Beschlüsse und Dergleichen sowie das Abstimmverhalten von Ausschussmitgliedern öffentlich weitergetragen zu haben, zu rügen und auf die strafrechtlichen Folgen bei Verstößen aufmerksam zu machen. Nach dieser Klarstellung fragt Herr Knudtsen Frau Baden als Geschäftsführerin der Bremer Bäder, und somit als verantwortliche Bauherrin des neuen Kombibades in Horn-Lehe, ob sie damit einverstanden sei, dass über den Bauantrag heute öffentlich beraten werde. Frau Baden äußert keine Bedenken.

Frau Baden teilt mit, es bestehe seit Jahren ein großes Interesse an dem Neubau des Horner Bades. So haben nach Beschluss des Bäderkonzepts 2014 mehrere Bürgerbeteiligungsverfahren und Workshops stattgefunden. Ende November 2017 hat der Senat dem Neubau einer Schwimmhalle und einer Sanierung beziehungsweise Neubau des Freibades beschlossen. Sie stellt die Planungen vor, bei denen es allerdings noch zu kleineren Optimierungen kommen könne. So sei das Treppenhaus jetzt heller gestaltet und der Aufzug (Plattformlift) wurde ins Treppenhaus verlegt. Von dort könne man barrierefrei in die Schwimmhalle ins erste Obergeschoss gelangen. Zu jeder Zeit wurde Herr Dr. Steinbrück als Landesbehindertenbeauftragter mit in die Planungen einbezogen und er begleitet das weitere Vorgehen auch zukünftig. Frau Baden teilt mit, am 01. September 2018 finde ab 11 Uhr eine Abschiedsparty im Horner Bad statt, zu der sie alle Anwesenden herzlich einlädt. Die geplante Bauzeit betrage etwa 24 Monate.

Frau Konrad stellt sich vor und teilt mit, sie habe den Bauprozess stets mitbegleitet, auch zusammen mit der Senatsbaudirektorin. Die bisherige Erschließung zum Horner Bad verlief über die Vorstraße und über die Spittaler Straße. Zukünftig soll das ganzjährig geöffnete Kombibad nur noch über die Spittaler Straße zu erreichen sein, auch die Adresse wird dann Spittaler Straße lauten. Der hier vorhandene Parkplatz werde ergänzt durch einen zusätzlichen, von der Universität angepachteten Parkplatz.

Das Bauvorhaben entspricht in der Art der baulichen Nutzung den planungsrechtlichen Festsetzungen. Der Bebauungsplan setzt für das zentrale Grundstück kein Maß der baulichen Nutzung und auch keine Bauzone fest. Diese Maße sind entsprechend nach § 34 BauGB zu beurteilen. Danach ist ein Bauvorhaben planungsrechtlich zulässig, wenn es sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung der Bauweise und der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll, in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt.

Das Gebiet ist in seiner Art der Nutzung geprägt durch zweigeschossige Wohngebäude an der Vorstraße und an der Spittaler Straße durch zwei- bis viergeschossige Wohngebäude. Die im näheren Umfeld befindliche Grazer Straße ist geprägt von Gewerbegrundstücken mit bis zu dreigeschossigen Verwaltungsgebäuden und der Sporthalle der Universität. Das Maß der baulichen Nutzung mit der beantragten Gesamthöhe von 12 Meter für die Schwimmhalle entspricht in der Höhe vergleichbaren vorhandenen Gebäuden, wie zum Beispiel dem vier- bis fünfgeschossigen Studentenwohnheim auf der gegenüberliegenden Straßenseite Spittaler Straße. Bezogen auf die Höhe fügt sich das Kombibad in seiner Höhe in die nähere Umgebung ein.

Frau Konrad teilt weiter mit, die optisch wirksame Eingangsseite des Kombibades mit einer Länge von knapp 65 Meter ist vergleichbar mit vorhandenen Gebäudelängen in der näheren Umgebung. In seiner Kubatur fügt sich das Kombibad in die Eigenart der näheren Umgebung nicht ein, da es in seiner Dreidimensionalität von benachbarten Gebäuden abweicht. Da das Bauvorhaben aber städtebaulich vertretbar ist und keine bodenrechtlichen Spannungen zu erwarten seien, könne gemäß § 34 Abs. 3 BauGB hiervon abgewichen werden. Die nachbarlichen Interessen bleiben gewahrt.

Dem Eingangsbereich ist ein Vorplatz vorgelagert, auf dem 220 Fahrradabstellplätze angeordnet sind. Über den Vorplatz erreicht man den Alt-Parkplatz und die Parkplätze entlang des Jan-Reiners-Weges. Gemäß § 3 Abs. 3 des Stellplatzortsgesetzes Bremen (StellplIOG) sind hier in der Summierung Freibad und Hallenbad 133 Pkw-Stellplätze nachzuweisen. Es stehen aber 161 Stellplätze zur Verfügung. Damit liegt das Angebot an Stellplätzen deutlich über der Erforderlichkeit des Stellplatzortsgesetzes. Gemäß StellplIOG müssten 209 Fahrradstellplätze nachgewiesen werden. Auch hier werden mehr Abstellplätze angeboten – es sind 220 Fahrradabstellplätze plus des Angebots temporärer Fahrradabstellmöglichkeiten an stark frequentierten Sommertagen.

Frau Baden ergänzt, die Anbindung der BSAG an das neue Kombibad könne noch optimiert werden. Auf Nachfrage von Herrn Gülke teilt Frau Baden mit, eine Überdachung der Fahrradabstellplätze sei nicht im Budget eingeplant. Für die circa 30 dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter könne über die Errichtung einer Fahrrad-Überdachung nachgedacht werden.

Frau Konrad erklärt, ab 12 Fahrrad-Parkplätzen sei eine Überdachung gesetzlich vorgesehen, dies gelte aber in erster Linie für Mehrfamilienhäuser oder Arbeitsstätten, weil hier die Fahrräder über mehrere Stunden oder sogar über Nacht abgestellt werden. Nicht so bei einem Schwimmbad.

Frau Dr. Eckardt äußert Unverständnis darüber, dass Fahrradfahrer so vernachlässigt werden. Frau Baden entgegnet, wenn eine Überdachung für Fahrräder errichtet würde, dann fielen viele Stellplätze weg.

Herr Adam teilt mit, an den Schulen und an der Universität gebe es auch keine Fahrrad-Unterstände, obwohl sich die Schüler und Studenten hier auch sehr lange aufhielten.

Frau Baden berichtet weiter, im Innenbereich der Schwimmhalle werde es zusätzlich ein Kursbecken geben, allerdings keinen Kleinkinderbereich. Den werde es im Außenbereich geben, außerdem einen Matschbereich und eine Kleinkinderrutsche.

Bezüglich der Kosten teilt Frau Baden mit, laut Bauantrag müsse das Kombibad wirtschaftlich betrieben werden. Die Bausumme liege bei 25,3 Mio. Euro. Frau Baden sichert zu, innerhalb der einzelnen Bauphasen in einer öffentlichen Beiratssitzung Bericht zu erstatten.

Herr Drechsel fragt nach, ob das Budget sowohl für das Horner Bad, das Unibad und das West-Bad gehalten werde. Der Zeitplan habe sich bereits verlängert.

Frau Baden teilt mit, mit dem Abbruch des Horner Bads könne im Oktober/November 2018 begonnen werden. Sie hoffe, dass das Unibad so lange erhalten bleiben könne, bis Horner- und West-Bad fertiggestellt sind.

Frau Dr. Eckardt fragt nach, ob es beim Horner Bad ein Gutachten gebe, damit es hier nicht zu den gleichen Untergrundproblemen komme wie beim West-Bad. Sie erkundigt sich bei Frau Baden, ob der Risiko-Kostenaufschlag in den genannten Kosten bereits inbegriffen ist.

Frau Baden erklärt, dass ein Bodengutachten vorliegt. Derartige Problemen des Untergrundes wie im Westbad können nicht auftreten, weil man die Schwimmhalle so konzipiert habe, dass sie im Obergeschoss errichtet werde. Ein Risiko-Kostenaufschlag in Höhe von 25 Prozent wird bei Sanierungen, nicht aber bei Neubauten eingerechnet.

Herr Mazur fragt nach, ob der Bauantrag mit den Schwimmverbänden abgestimmt sei. Frau Baden teilt mit, man habe alle vier Wochen einen regen Austausch mit Herrn Oldag vom Schwimmverband. Dort seien alle Details bekannt und es wurde viel diskutiert.

Herr Mazur und Herr Gülke fragen nach, was mit den Parkplätzen entlang des Jan-Reiners-Weges passiere. Frau Baden erklärt, diese Flächen gehören den Bremer Bädern und sollen zukünftig nicht mehr als Parkflächen zur Verfügung stehen. Wahrscheinlich müsste der Jan-Reiners-Weg ab der Vorstraße abgepollert werden.

Nach konkreter Rückfrage von Herrn Drechsel bezüglich der Einhaltung des verfügbaren Budgets, bestätigt Frau Baden, dass der Neubau des Kombibads Horn im Rahmen des nun final vorgesehenen Budgets realisiert werden kann und somit keine weiteren Mehrkosten zu erwarten sind. Für das Westbad könne sie diesbezüglich zum jetzigen Zeitpunkt keine belastbaren Aussagen treffen.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Eckardt teilt Frau Baden mit, der Eintrittspreis werde zukünftig für das Kombibad sein, also für die Benutzung des Innen- und des Außenbereichs.

Frau Dr. Eckardt beklagt, dass die Schwimmhalle in erster Linie den Schwimmvereinen zur Verfügung stünde und nicht der Allgemeinheit. So würden ihrer Meinung nach die Familien mit Kindern aus dem Stadtteil ausgeschlossen.

Eine Bürgerin fragt nach, wie gewährleistet werden soll, dass der Autoverkehr zum neuen Kombibad nicht durch das Wohngebiet (insbesondere durch die Straße Helmer) verläuft.

Frau Baden erklärt, dass es mit der Fertigstellung des Kombibades nicht mehr möglich sein wird, das werde sich zum einen herumgesprochen haben und zum anderen werden Poller angebracht, die die Durchfahrt verhindern sollen. Des Weiteren werden Fahnen aufgestellt, die die Richtung weisen werden und außerdem werden Flyer gedruckt, auf denen eine Wegbeschreibung aufgezeichnet sein wird.

Eine weitere Bürgerin erklärt, sie habe Kenntnis darüber, dass das neue Bad lediglich eine Kapazität für zwei Hundert Zuschauer aufweise – das sei ihrer Meinung nach zu wenig. Außerdem be-

mängelt sie die vorangegangene Bürgerbeteiligung. Diese sei nämlich nur begrenzt möglich gewesen, weil es Vorlagen gab, zwischen denen man zu wählen gehabt habe. Und außerdem sei ihrer Ansicht nach ein Multifunktionsbecken für die Bedürfnisse nicht ausreichend.

Frau Baden erklärt, dass es für den Bau eines Bades keine Vorgaben bezüglich der Kapazität der Zuschauerzahl gebe. Außerdem habe sie diesbezüglich auch mit dem Landesschwimmverband gesprochen. Man sei zuversichtlich, dass alle Wettkämpfe im neuen Bad stattfinden können. Des Weiteren wurde die Bürgerbeteiligung durch ein externes Büro durchgeführt, dessen Mitarbeiter agieren nach anerkannten Regeln bei solchen Prozessen.

Eine weitere Bürgerin bemängelt, dass bei der Errichtung der Schwimmhalle die Bürgerbeteiligung nicht berücksichtigt wurde.

Frau Baden erörtert, dass es dafür ein Bäderkonzept gab, hinter dem ein politischer Wille steht; es wäre eine Farce gewesen, die Bürger dabei zu beteiligen.

Herr Knudtsen ergänzt, dass es dafür nun einmal eine politische Grundlage gab, und in der heutigen Sitzung keine Entscheidungen der Politik diskutiert werden. Er lobt die vorbildhafte durchgeführte Bürgerbeteiligung.

Frau Bäuerlein ergänzt, dass bei keinem anderen Bauvorhaben sich so sehr bemüht wurde, jeden Wunsch aus der Bevölkerung zu berücksichtigen.

Ein Bürger fragt, ob bei der Entscheidungsfindung auch andere Vereine, außer der Schwimmverein, berücksichtigt wurden.

Frau Baden weist darauf hin, dass bereits 2014 ein Gespräch mit allen Vereinen stattgefunden habe, dabei waren auch die Kanuten dabei, lediglich die Taucher haben an dem Gespräch nicht teilgenommen. Sie ergänzt, dass in den neuen Bädern neue Regelungen gefunden werden müssen, damit alle Vereine trainieren können.

Eine Bürgerin fragt nach, ob das neue Bad die Besucherzahlen dieses Sommers ebenfalls bewältigen werden können. Frau Baden erklärt, dass dieser Sommer seit zwanzig Jahren so warm und sonnig war. Vergangenen Sommer haben gar einige gefordert, Freibäder zu schließen, weil es sich nicht lohne. Auch bei schönem Wetter gehen viele Menschen lieber im Hallenbad schwimmen. Jeder Besucher werde sein Angebot finden. Und da das Bad größer wird, wird niemand abgewiesen.

Eine weitere Publikumsfrage bezieht sich darauf, wie die Menschen ohne Fahrrad oder Auto das Bad erreichen können. Frau Baden erklärt, dass es die Möglichkeit geben wird, das Bad mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen; so wie es bereits jetzt der Fall ist.

Eine Publikumsfrage richtet sich explizit an Herrn Steglich; eine Bürgerin fragt nach, warum die Linken-Fraktion sich bei der Abstimmung zum Bauantrag anders verhalten hat als im November 2017. Herr Steglich erklärt, es stimme, dass die Linken-Fraktion in der Beiratssitzung im November 2017 bei der Abstimmung sich enthalten hat und bei der Abstimmung in der Bauausschusssitzung für das Kombibad gestimmt hat. Das läge daran, dass man zum einen Politik in der Bürgerschaft mache und zum anderen aber für die Aufwertung des Stadtteiles Horn-Lehe sei.

Ein Bürger fragt nach, ob das Sicherheitskonzept im neuen Bad berücksichtigt werde.

Frau Baden erklärt, dass das Betreiben eines Schwimmbades durch viele Richtlinien geregelt ist, es gibt kaum einen Bereich, der nicht geregelt ist, so auch die Sicherheit der Schwimmer.

Herr Knudtsen beendet die Fragerunde und bedankt sie bei der Bevölkerung für die rege Beteiligung.

Zu TOP 4: Anträge des Beirates

4.1 Neubesetzung der vakanten Stelle eines/r Sozialpädagogen/in im Haus der Familie Horn-Lehe

Frau Fr. Eckardt trägt den Antrag der CDU-Fraktion vor. Sie teilt mit, das Haus der Familie bei der Hans-Wendt-Stiftung wird vom Amt für Soziale Dienste betrieben. Momentan seien dort nur noch

ehrenamtliche Mitarbeiter tätig, deshalb müssten viele Kurse ausfallen. Auf den Hinweis von Herrn Knudtsen, dass sich die Hans-Wendt-Stiftung im Bereich von Borgfeld befinde, erklärt Frau Dr. Eckardt, die Einrichtung biete Angebote ausdrücklich für alle drei Stadtteile. Sie spricht sich dafür aus, eine Empfehlung an den Beirat Borgfeld zu geben, mit dem die Wiederbesetzung der vakanten Stelle gefordert werde.

Herr Mazur teilt mit, es gebe eine Absprache mit dem Ortsamt Borgfeld, dass für die Hans-Wendt-Stiftung auch das Ortsamt Horn-Lehe zuständig sei. Er schließt sich dem Vorschlag von Frau Dr. Eckardt an.

Herr Drechsel schließt sich ebenfalls dem Vorschlag an.

Der Beirat Horn-Lehe fordert die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport auf, **die vakante Stelle eines/r Sozialpädagogen/in im Haus der Familie Horn-Lehe umgehend neu zu besetzen.**

Begründung:

Das vom Amt für Soziale Dienste betriebene Haus der Familie Horn-Lehe auf dem Gelände der Hans-Wendt-Stiftung Am Lehester Deich ist eine Einrichtung für Kinder, Mütter und Väter aus den Stadtteilen Horn-Lehe, Borgfeld und Oberneuland. Mit seinem vielfältigen Angebot an Kursen, Gesprächskreisen und Eltern-Kind-Gruppen ist es ein beliebter und wichtiger Treffpunkt für kleine Kinder und deren Eltern.

Im Februar 2017 hat eine sozialpädagogische Mitarbeiterin zu einem anderen Haus der Familie gewechselt. Seitdem ist diese Stelle abgesehen von einem kurzen Intervall von vier Monaten unbesetzt. Die Konsequenz ist, dass viele Angebote nicht mehr oder nur noch in Eigeninitiative von Müttern stattfinden. Damit fehlt ein wichtiges stadtteilbezogenes Angebot für Familien.

Beschluss: Der Beirat beschließt, eine Empfehlung an den Beirat Borgfeld zu geben, dass Wiederbesetzung der vakanten Stelle¹ beim Haus der Familie schnellstmöglich erfolgen soll. **(einstimmig)**

4.2 Antrag der CDU-Fraktion: Schaltung der Fußgängerampeln an der Lilienthaler Heerstraße

Herr Gülke teilt mit, der Koordinierungsausschuss des Beirates Horn-Lehe habe sich dafür ausgesprochen, dass dieser Antrag an den Verkehrsausschuss überwiesen wird.

Der Beirat Horn-Lehe fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, die Schaltung der Fußgängerampeln an der Lilienthaler Heerstr./Höhe Höger Weg dahingehend abzuändern, dass die drei Fußgängerampeln durchgehend rotes bzw. grünes Lichtzeichen zeigen.

Begründung:

Der Fußgängerüberweg besteht hier aus drei Abschnitten: Die erste Ampel regelt die Überquerung der stadtauswärtigen Fahrbahn. Auf dem nächsten Abschnitt fährt die Straßenbahn. Nähert sich eine durchfahrende Straßenbahn schaltet sich diese Ampel auf Rot. Danach folgt die dritte Ampel, die die Überquerung der stadteinwärtigen Fahrbahn regelt.

Momentan sind die Ampelschaltungen so programmiert, dass die zwei Ampeln, die die Überquerung der stadtauswärtigen und der stadteinwärtigen Fahrbahnen Grün zeigen können, die Ampel, die die Überquerung der Straßenbahnschienen regelt, aber gleichzeitig Rot zeigen kann.

Dies kann zu sehr gefährlichen Situationen insbesondere für Kinder führen.

Kinder sind sehr irritiert, wenn die erste Fußgängerampel für sie Grün zeigt, die zweite Ampel aufgrund der durchfahrenden Straßenbahn dann aber Rot zeigt. Es besteht die Gefahr, dass sie dann diese rote Ampel übersehen. Eine Gefahrensituation besteht auch für Fahrradfahrer, die in einem Anhänger ihr Kind transportieren. Dann besteht, nachdem man die erste grüne Ampel überquert hat, auf dem schmalen Fußweg vor den Schienen kaum Platz für das Parken des Fahrradanhängers. Auch für Blinde stellt die rote Straßenbahnampel eine Gefahr dar.

Diese Gefahrensituationen können dadurch verhindert werden, dass die Ampeln so geschaltet sind, dass bei einer durchfahrenden Straßenbahn alle drei Ampeln durchgängig Rot zeigen.

¹ In der Zwischenzeit ist die vakante Stelle beim Haus der Familie extern als eine 30-Stunden-Stelle ausgeschrieben worden.

Beschluss: Der Antrag wird an den Fachausschuss Umweltschutz und Verkehr überwiesen.
(einstimmig)

4.3 Antrag der CDU-Fraktion: Freigabe der generellen Bejagung von Nutrias in Bremen

Der Beirat Horn-Lehe fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, umgehend die generelle Bejagung von Nutrias in Bremen freizugeben.

Begründung:

Nutrias vermehren sich in Bremen rasant. Vor allem im Niederblockland und am Hodenberger Deich hat sich die aus Südamerika stammende Biberratte ausgebreitet. Die bis zu 14 Kilogramm schweren und eine Körperlänge von 100 cm erreichenden Tiere durchlöchern die Deiche und verursachen dabei erhebliche Schäden. Sie sind in der Lage, ganze Schilfbestände innerhalb von kürzester Zeit abzufressen und zu zerstören. Des Weiteren verursachen sie auch massive Schäden in der Landwirtschaft, gefährden durch Unterwühlung der Uferbereiche Menschenleben und können bei weiterer Verbreitung einen negativen Einfluss auf geschützte Arten ausüben. Aufgrund ihrer rasanten Vermehrung kann man ihnen nur durch eine generelle Bejagung, auch der Muttertiere, entgegentreten: Innerhalb von drei Jahren kann ein einzelnes Paar bis zu 16.000 Nachkommen produzieren. Dabei können sich bereits fünf Monate alte Jungtiere fortpflanzen.

Obwohl die Nutrias laut EU-Verordnung Nr. 1143/2014 über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten mit allen Mitteln bekämpft werden sollen, dürfen Nutrias in Bremen bislang nicht bejagt werden. Bremen hat diese Verordnung immer noch nicht umgesetzt und hat bislang nur wenige Sondergenehmigungen zur Bejagung erteilt. Beide Bremer Deichverbände haben daher inzwischen einen Antrag auf Bejagung gestellt. Dies ist im umliegenden Niedersachsen bereits die Realität, indem dort eine ganzjährige Jagdzeit für Nutrias ohne Muttertierschutz besteht.

Beschluss: Der Antrag wird an den Fachausschuss Umweltschutz und Verkehr überwiesen.
(einstimmig)

Zu TOP 5: Globalmittelanträge

BM 18/2018: Verein der Freunde des Rhododendronparks, Anschaffung eines Gasgrills, Antrag über 162,40 €.

Beschluss: Der Beirat beschließt eine Zuwendung an den Verein der Freunde des Rhododendronparks in Höhe von 162,40 €. **(einstimmig bei einer Enthaltung** von Herrn Koppel – da er im Vorstand des Vereins ist)

Zu TOP 6: Wünsche, Fragen und Anregungen in Stadteilangelegenheiten aus der Bevölkerung

Hierzu gibt es keine Wortmeldungen.

Zu TOP 7: Mitteilungen der Beiratssprecherin

Frau Menz berichtet aus der letzten Sitzung der Beirätekonferenz.

- Es ist über den Abschlussbericht mit Leitbild zur Bürgerbeteiligung gesprochen worden. Damit soll ein Senatsbeschluss über Bürgerbeteiligung herbeigeführt werden. Wichtig ist es dem Bübei sicherzustellen, dass für Bürgerbeteiligungsverfahren, Jugendbeteiligung ein eigener Etat zur Verfügung gestellt wird, damit diese Prozesse nicht über Globalmitteln laufen müssen.
- In der Senatskanzlei sollen zwei Stellen für eine zentrale Koordinierungsstelle geschaffen werden.

- Es soll geprüft werden, ob die künftigen Ortsamtsleiter von den Bürgern gewählt werden könnten. Hierüber soll im nächsten Jahr nochmals debattiert werden. Allerdings werde eine Schwächung der Beiräte gesehen, wenn sie nicht mehr die Ortsamtsleitungen wählten.
- Finanzierbarkeit von Jugendbeteiligungen – Hierfür sollten Haushaltsanträge gestellt werden können, damit diese Finanzierung nicht immer nur aus Beiratmitteln erfolge.

Zu TOP 8: Mitteilungen des Ortsamtes

Frau Rudi erinnert an das Sommerfest in der Wilhelm-Röntgen-Straße/Robert-Bunsen-Straße am Samstag, den 18. September 2018 von 14 bis 22 Uhr.

Außerdem teilt Frau Rudi die Termine für die nächsten Sitzungen mit:

- 22. August 2018, 16:00 Uhr Jagdgenossenschaft
- 23. August 2018, 16:00 Uhr Jugendbeirat
- 28. August 2018, 18:00 Uhr Fachausschuss Soziales, Kinder und Sport
- 10. September 2018, 18:30 Uhr Fachausschuss Umwelt und Verkehr
- 20. September 2018, 19:15 Uhr Beiratssitzung

Zu TOP 9: Verschiedenes

Schließung der Sparkassenfilialen ab 22 Uhr

Herr Drechsel beklagt, dass die Sparkassenfilialen in Horn-Lehe ab 22 Uhr geschlossen werden, so dass nicht mehr die Möglichkeit bestehe, Geld an den Automaten zu bekommen.

Frau Gagelmann hat auf Nachfrage bei Herrn Erigson (Leiter des Marktbereichs Horn-Lehe der Sparkasse Bremen) am 21.08.2018 erfahren, dass beim Neubau der Stadtteil-Filiale im Mühlenviertel ein Geldautomat eingeplant sei, der von außen, und somit zu jeder Zeit, zu benutzen ist. Bei der Sparkassen-Filiale in der Wilhelm-Röntgen-Straße und in der Berckstraße ist es vermehrt zu erheblichen Verunreinigungen und Vandalismus gekommen, so dass sich die Sparkasse dazu gezwungen sah, diese beiden Filialen ab 22 Uhr über Nacht zu schließen. So wurden insbesondere in dem Foyer der Filiale Wilhelm-Röntgen-Straße abends Partys gefeiert, Alkohol verschüttet, Zigarettenkippen verteilt, uriniert und der Mülleimer als Toilette benutzt.

Herr Erigson teilte mit, er werde nach einer kurzen „Auszeit“ die Filialen im September wieder geöffnet lassen, um zu sehen, ob sich die Situation beruhigt hat. Bei erneuten derartigen Verunreinigungen müssten die Foyers abends wieder geschlossen werden.

In Oberneuland seien die Filialen in der Apfelallee und Mühlenfeldstraße von der nächtlichen Schließung nicht betroffen. Hier könnten die Foyers rund um die Uhr aufgesucht werden, da es hier bisher keine Vandalismusschäden gab. Ebenso eine Filiale in Borgfeld.

Herr Erigson hat angeboten, dass er jederzeit bei Nachfragen persönlich angesprochen werden könne unter der Telefonnummer: 179-2823.

Vermehrtes Verteilen von Körben für die Altkleidersammlung

Herr Koppel fragt nach, ob es erlaubt sei, in den Wohngebieten Körbe für die Sammlung von Altkleidern aufzustellen.

Frau Gagelmann sichert zu, beim Ordnungsamt diesbezüglich nachzufragen.

Jens Knudtsen

- Vorsitzender -

Heike Menz

- Beiratssprecherin -

Maren Gagelmann

Olga Rudi

- Protokollführerinnen -